Google

Google Inc. ist ein weltweit agierendes Unternehmen, das durch seine Internetdienstleistungen, allen voran der Suchmaschine, erfolgreich wurde. Bei der Bearbeitung von Suchanfragen ist Google Weltmarktführer. Den Großteil seines Gewinns erwirtschaftet Google mit Werbung, die mehr und mehr mit Benutzerinformationen verknüpft wird. 2015 wurde Google umstrukturiert und ist seitdem ein Tochterunternehmen von Alphabet. Die Google-Aktien wurden in Alphabet-Aktien umgewandelt. Das Kerngeschäft läuft jedoch unter dem Namen Google weiter. Das trifft auch auf die Lobbyarbeit zu.

Google Inc.	
Branche	Internetdienstleistungen
Hauptsitz	1600 Amphitheatre Parkway, Mountain View, CA 94043, USA
Lobbybüro Deutschland	Unter den Linden 21, 10117 Berlin
Lobbybüro EU	Google Belgium, Chaussée d'Etterbeek 180, 1040 Brussels
Webadresse	google.com

In den letzten Jahren geriet das Unternehmen immer stärker in die öffentliche Kritik sowie in politische und juristische Auseinandersetzungen. Zum einen wird der Umgang Googles mit Fragen des Datenschutzes sowie des Urheberrechts bemängelt, zum anderen wird dem Unternehmen vorgeworfen, seine Marktmacht auszunutzen und sich so unfaire Wettbewerbsvorteile zu sichern. Um dieser wachsenden Kritik zu begegnen und das Ansehen in der Öffentlichkeit und in der Politik aktiv zu beeinflussen, hat Google seine Lobbyarbeit immer stärker ausgeweitet.[1]

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss ... 2
1.1 Lobbyarbeit in den USA ... 2
1.2 Lobbyarbeit auf EU-Ebene ... 3
1.3 Wissenschaftsfinanzierung ... 4
1.4 Deep Lobbying ... 4
1.5 Wahlkampfspenden ... 5
1.6 Netzpolitik ... 5
2 Regulierungen und Einleitung von Verfahren ... 5
2.1 USA ... 5
2.2 EU ... 6
2.3 Deutschland ... 6
3 Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung ... 7
4 Fallbeispiele und Kritik ... 7
4.1 Googles Lobbystrategie zum Digital Service Act (DSA) und Digital Markets Act (DMA) ... 7
4.2 Datenschutz ... 8
4.3 Urheberrecht und Patentstreitigkeiten ... 9
4.4 Beinflussung eines Berichts der US-Wettbewerbsbehörde ... 9
4.5 Verdacht auf Steuerbetrug in Frankreich ... 10
4.6 Google im Klassenzimmer - Umgang mit SchülerInnendaten ... 10
4.7 Calliope Mini ... 10
5 Kurzdarstellung und Geschichte ... 11
6 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen ... 11
6.1 2015: Unternehmensumstrukturierung ... 11
7 Weiterführende Informationen ... 11

8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 12
9 Einzelnachweise 12

Lobbystrategien und Einfluss

Da das Weiterleiten und Sammeln von Informationen und Nutzerdaten zentral für das eigene Geschäftsmodel ist, tritt das Unternehmen für eine möglichst schwache staatliche Regulierung des Internets und gegen einen verstärkter Daten- und Urheberrechtsschutz ein. Diese Forderung sollen durch gezielte Lobbyarbeit unterstützt werden. Google hat seine Lobbyausgaben in den letzten Jahre daher deutlich gesteigert.

Die Lobbyarbeit von Google zeigt auf allerhöchster Ebene Wirkung. So war im Abschlussdokument des G20-Gipfels vom Juli 2017 in den sehr vagen Ausführungen zur Zukunft des Internets lediglich ein Projekt konkret benannt: #eSkills4Girls. Das ist ein Google-Projekt.[2] Auf dem Gipfel waren Staats- und Regierungschefs sowie hohe Repräsentanten der EU versammelt.

Lobbyarbeit in den USA

Nachdem Google 2018 Rekordsummen in den USA für Lobbyarbeit ausgegeben hat, sind diese 2019 gesunken. Hintergrund ist eine umfassende Umstrukturierung der Lobby-Arbeit von Google. Das Unternehmen kündigte im Sommer 2019 einer ganzen Reihe von Lobby-Agenturen und besetzte zentrale Lobby-Jobs neu. Google liegt damit hinter Amazon und Facebook, bleibt jedoch unter den Top 20 der größten Lobbyakteure der USA.[3] Google ist weiterhin ein Lobby-Schwergewicht. Denn die Zahlen aus dem US-Lobbyregister bilden nur einen Teil von Googles Einfluss-Netzwerk ab. Das Lobbyregister erfasst nur die direkte Lobbyarbeit in Washington DC. Die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen, um die eigenen Positionen zu bewerben, kommen noch dazu. Google unterstützt darüber hinaus zahlreiche Verbände, Denkfabriken und Third Parties. Zahlen, die nicht direkt im US-Lobbyregister auftauchen.

Jahr	Ausgaben in Mio. US-Dollar
2016	15,4
2017	18,4
2018	21,8
2019	12,7
2020	8,8
2021	11,9

Jahr	Ausgaben in Mio. US-Dollar
2022[4]	13,2

Google hat eine Liste der unterstützten Wirtschaftsverbände und Denkfabriken in den USA veröffentlicht.[5] Die Liste umfasst 94 Wirtschaftsverbände und 256 unterstützte „Third Party Organizations“ (Denkfabriken u. ä.). Darunter sind lokale Organisationen im Silicon Valley genauso wie große Wirtschaftsverbände und Denkfabriken wie die Heritage Foundation oder das Cato-Institut. Unter den Organisationen befinden sich auch marktradikale Denkfabriken wie das Competitive Enterprise Institute, die den Klimawandel leugnen bzw. Klimaschutz-Politik angreifen. Google nimmt das billigend in Kauf, um sich in konservativen politischen Kreisen beliebt zu machen.[6] Dazu kommen parteinahe Organisationen von Demokraten und Republikanern sowie ein breites Spektrum zivilgesellschaftlicher Akteure inkl. digitaler Bürgerrechtsorganisationen wie der Electronic Frontier Foundation. Interessant ist auch, dass Google „platinum sponsor” des American Antitrust Institute ist – also einer Organisation, die gegen Monopole und für Wettbewerb eintritt.

Lobbyarbeit auf EU-Ebene

- Überblick A-Z
- Lobbyismus in der EU

Bis 2018 stiegen die Lobbyausgaben von Google in der EU stetig an. Nach eigenen Angaben gab Google im Jahr 2018 über 8 Mio. Euro für Lobbyarbeit aus und gehörte damit zu den Unternehmen mit den höchsten Ausgaben für Lobbyarbeit auf europäischer Ebene.[7] Googles Lobbyausgaben sind seitdem gesunken und betragen jährlich etwa 6 Mio. Euro. Trotzdem gehört Google damit nach wie vor zu den finanzstärksten Lobbyakteuren in der EU.[8] Neben der direkten Lobbyarbeit betreibt das Unternehmen auch indirekte Lobbyarbeit über Denkfabriken (engl. Think tanks) und Verbänden auf EU-Ebene. Beispielsweise ist Google Unterstützer des Lisbon Council<ref>Webseite des Lisbon Council, aufgerufen am 09.09.2014</ref>, einer neoliberalen Denkfabrik, die sich für freie Märkte und Deregulierung einsetzt. Das Lisbon Council und Google kooperieren etwa bei der Initiative "Single Market Entrepreneurs". Ein Imagefilm der Initiative zeigt zahlreiche kleine und mittelgroße Unternehmer, die Google-Dienste verwenden (insbesondere Adwords). [9] Google folgt damit einer Strategie, die darauf abzielt, Firmen in die eigene Lobbyarbeit einzubinden. Dabei wird versucht den Eindruck zu erwecken, dass die eigenen politischen Ziele nicht nur dem Interesse Googles

entsprechen, sondern auch dem vieler kleinen und mittleren Unternehmen. So wurde beispielsweise in Deutschland im April 2012 eine Auftragsstudie vorgestellt, die den Nutzen von Google für Unternehmensgründer belegen soll.[10] Zudem unterstützt Google die Denkfabrik European Centre for International Political Economy (ECIPE)[11], die eine unternehmensfreundliche Handelspolitik propagiert, und ist Mitglied in der American Chamber of Commerce to the European Union (AmCham EU), der The European Digital Media Association (EDiMA) und der European Internet Foundation (EIF).[12]

Wissenschaftsfinanzierung

Zudem zeigt Google vermehrt Präsenz in Wissenschaft und Forschung und unterstützt Universitäten und Forschungseinrichtungen.[13] So finanzierte Google beispielsweise das Berliner Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (IIG) mit einer Anschubfinanzierung von 4,5 Millionen Euro über drei Jahre.[14] 2013 wurde die Finanzierung um weitere sechs Jahre verlängert.[15] Ein Vertreter von Google Deutschland besetzt einen Posten im achtköpfigen Aufsichtsgremium, dem "tragenden Beratungs- und Überwachungsorgan" des Instituts.[16] Die Verflechtung geht soweit, das Google bei der Wahl des Kuratoriums ein Vetorecht besitzt.[17] Der direkte Einfluss lässt starke Zweifel an Unabhängigkeit und Integrität einer solchen Bildungseinrichtung aufkommen. Drittmittelförderungen wie diese gefährden die Neutralität von Forschungsarbeiten.[18]

Google setzt schon seit Jahren auf Wissenschaftslobbyismus, um seine politische Position zu stär-ken. Das Unternehmen bezahlte in den USA Hunderte von Forschungspapieren, die politische und wettbewerbs-rechtliche Beschränkungen verhindern sollten. Wissenschaftler:innen erhielten dafür zwischen 5.000 und 400.000 US$. Die Papiere wur-den u.a. auch in der Abwehr einer Kartell-Untersuchung der US-Wettbewerbsbehörde (Federal Trade Commission, FTC) eingesetzt. Dabei wurde die Unterstützung durch Google nicht in allen Fällen offen gelegt. Vor allem wenn die Unterstützung indirekt über die Finanzierung von Denkfabriken und Universitätsinstituten lief, wurden die Gelder von Google oft nicht angegeben.[19]

Deep Lobbying

Neben der direkten Beeinflussung der Politik nimmt auch die Imagepflege einen wichtigen Platz in der Lobbyarbeit von Google ein. Ziel dabei ist es, eine positive Assoziation mit dem Unternehmen in der Öffentlichkeit und in der Politik aufzubauen. Zu diesem Zweck wird unter anderem versucht in der Wissenschaft einen Diskurs zu fördern, der mit dem Unternehmenszielen übereinstimmt. Diese Strategie wird auch Deep Lobbying genannt. Durch die indirekte Beeinflussung erhofft man sich unterbewusste Entscheidungsprozesse beeinflussen zu können. Beispielsweise kann eine positivere Wahrnehmung des Unternehmens dazu verleiten, dass Kunden verstärkt Produkte zu kaufen, Politiker sich für das Unternehmen einsetzen, oder die Medien ein positiveres Bild von Google vermitteln.

In diesem Kontext ist besonders die finanzielle Unterstützung zahlreicher Projekte und Einrichtungen durch Google auffällig.[20] So initiierte das Unternehmen 2010 die Denkfabrik Co:llaboratory, die allein im Jahr 2013 mit 250.000 Euro unterstützt wurde.[21] Google stellte im Jahr 2014 knapp 65 Prozent der Gesamtfinanzierung des ThinkTanks Co:llaboratory.[22] Die Denkfabrik soll "gemeinsam an Lösungsansätzen zu gesellschaftlichen Fragen rund um das Internet" arbeiten.[23] Nachdem Google seine Unterstützung

einstellte, beendete Co:llaboratory 2017 seine Arbeit, weil nicht ausreichend andere finanzielle Unterstützung eingeworben werden konnte.[24] Google sponsorte weitere Projekte wie die Bloggerkonferenz "re:publica"[25], die Konferenz "Jugend hackt" oder 2011 die Speaker's Corner Aktion des Zentrums für politische Schönheit [26]. Auch die "Initiative gegen Leistungsschutzrecht" (IGEL) wurde von Google unterstützt.[27] Der Spiegel schrieb im Jahr 2012 über Googles Rolle: "Wer sich für netzpolitische Themen interessiert, kommt in Berlin nicht mehr an Google vorbei".[28]

Zur Deep Lobbying Strategie von Google kann auch das Buch "Die Vernetzung der Welt" gezählt werden, welches Google-Verwaltungsratchef Eric Schmidt zusammen mit Jared Cohen, dem Leiter des ThinkTanks 'Google Ideas', schrieb. Das fast ausnahmslos im Futur geschriebene Buch entwirft eine politische Utopie, in welcher die Technik das heutige politische System ersetzt hat[29]. Es war Eric Schmidt selbst, der diese subtile Art des Lobbying in einem Interview mit der Washington Post "lobbying by ideas" nannte.[30]

Wahlkampfspenden

Im November 2014 stimmte das Europäische Parlament in einer nicht bindenden Resolution für die Aufspaltung des Konzerns. Dabei stand die Forderung im Mittelpunkt, dass Suchergebnisse "frei von Verzerrung und transparent" sein sollen. Zu diesem Zweck soll das Suchmaschinengeschäft von anderen Unternehmensbereichen abgetrennt werden. Der Vorschlag des Europäischen Parlaments führte zu Widerstand bei US-Politikern. Mehrere Mitglieder des US-Kongresses verfassten Briefe an hochrangige Mitglieder der Europäischen Union. Gemeinsamer Tenor war die Beschwerde über "Diskriminierung ausländischer Firmen in Bezug auf Digitalwirtschaft" und die Behinderung von "Innovationen und Investitionen durch US-basierte Internetfirmen". Wie man bei opensecrets.org nachlesen kann, hat Google neun der siebzehn Briefschreiber in der Wahlkampfperiode 2013/14 mit insgesamt mehr als 260.000 $ finanziert. Die Initiatorin einer der Briefe, die Demokratin Anna Eshoo, erhielt für ihren Wahlkampf 40.000 $ von Google. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Repräsentantenhaus, der Republikaner Bob Goodlatte, hatte schon vor der Abstimmung an diverse Fraktionsvorsitzende des EU-Parlaments geschrieben und seiner Besorgnis ausgedrückt. Laut opensecrets.org hatte Google seinen Wahlkampf mit 31.000 $ unterstützt[31].

Netzpolitik

Google ist auch in der deutschen netzpolitischen Szene gut repräsentiert und insbesondere in den netzpolitischen ThinkTanks der SPD und der CDU vertreten[32]. So gehört der Pressesprecher von Google Deutschland, Stefan Keuchel, zu den Gründungsmitgliedern Vereins 'D64', welcher der SPD nahe steht. Axel Wallrabenstein ist Chairman bei der Agentur 'MSL Group Germany', welche die politische PR für Google in Deutschland erledigt, und sitzt gleichzeitig im Vorstand des C-Netz, dem netzpolitischen Verein der CDU.

Regulierungen und Einleitung von Verfahren

USA

Das Abgeordnetenhaus im amerikanischen Kongress hat am 11. Juni 2021 fünf Gesetzesentwürfe vorgelegt, die es erleichtern könnten, die Konzerne zu zerschlagen und ihnen den Verkauf bestimmter Produkte zu verbieten.[33] Das US-Justizministerium hat im Oktober 2020 eine Kartellklage gegen Google eingereicht, in der es dem Konzern vorwirft, seine Vorherrschaft auf dem Feld der Online-Suche missbraucht, den

Wettbewerb unterdrückt und dadurch die Verbraucher geschädigt zu haben.[34] Im März 2021 wurde bekannt, dass das US-Justizministerium und 14 US-Bundesstaaten, die sich der Klage angeschlossen haben, umfangreiche Daten zu Suchanfragen verlangt haben.[35] Im Mai 2020 hat der Generalstaatsanwalt von Arizona eine Klage gegen Google eingereicht, in der dem Unternehmen das illegale Sammeln der Standortdaten von Android-Nutzern vorgeworfen wird, auch wenn sie dies in ihren Einstellungen deaktiviert haben.[36] Ein Richter hat darauf hin im Mai 2021 angeordnet, die zunächst weit mehr geschwärzten Dokumente teils öffentlich zu machen, da das Einsehen der Praktiken Googles auch im Interesse der Öffentlichkeit sei.

EU

Mit dem Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act) will die Europäische Kommission ein besseres Gleichgewicht zwischen Rechten und Verantwortlichkeiten von Nutzern, Plattformen und Behörden herstellen und das Internet sicherer machen.[37] Das Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act) legt eine Reihe eng definierter objektiver Kriterien für die Einstufung einer großen Online-Plattform als „Gatekeeper“ fest. Diese dürfen gegenüber den von ihnen abhängigen gewerblichen Nutzern und Kunden keine unlauteren Praktiken anwenden, um einen unbilligen Vorteil zu erlangen. Am 24. März 2022 bzw. am 23. April 2022 haben sich EU-Parlament, Kommission und Mitgliedsstaaten auf die endgültige Fassung der genanten Gesetze geeinigt.[38][39]

Die EU-Kommission hat in den letzten Jahren die folgende Geldbußen gegen Google verhängt: 2017 2,42 Mrd. Euro wegen Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung der Google-Suchmaschine durch unzulässige Vorzugsbehandlung des eigenen Preisvergleichsdiensts, 2018 4,34 Mrd. Euro wegen illegaler Praktiken bei Android-Mobilgeräten zur Stärkung der beherrschenden Stellung der Google-Suchmaschine, 2019 1,49 Mrd, Euro wegen Missbrauchs der Marktmacht bei Suchmaschinen-Werbung.[40] In zwei aktuellen Untersuchungen beschäftigt sich die EU-Kommission mit dem Anzeigengeschäft und der Datenverarbeitung von Google.[41]

Im November 2021 hat das Gericht der Europäischen Union (EuG) die Entscheidung der EU-Kommission aus dem Jahr 2017 bestätigt, wonach der Konzern ein Bußgeld in Höhe von 2,42 Mrd. Euro wegen Missbrauchs seiner marktbeherrschenden Stellung zu zahlen hat.[42] Der EuG hat im September 2022 in einem weiteren Fall missbräuchlichen Verhaltens die von der EU-Kommission 2018 verhängte Geldstrafe größtenteils bestätigt, aber das Bußgeld in Höhe von 4,34 Milliarden Euro auf 4,125 Milliarden gemindert.[43] In dem Verfahren geht es um das von Google entwickelte Smartphone-Betriebssystem Android und wie Google sich durch dessen Marktmacht Vorteile gegenüber der Konkurrenz verschafft haben soll. Gegen die Entscheidungen kann Google Rechtsmittel beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) einlegen.

Deutschland

Im Januar 2021 ist die 10. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB-Digitalisierungsgesetz) in Kraft getreten. Der Gesetzgeber will damit vor allem die Marktmacht großer Digitalkonzerne wie Google beschränken. Insbesondere der neue § 19a GWB sieht neue, weitreichende

Eingriffsbefugnisse für das Bundeskartellamt gegenüber „Unternehmen mit überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb“ vor. Mit Beschluss vom 30. Dezember 2021 hat das Bundeskartellamt festgestellt, dass Google eine überragende Stellung für den Wettbewerb zukommt.[44] In weiteren vom Bundeskartellamt gegen Google eingeleiteten Verfahren, die an dieser Feststellung anknüpfen können, werden derzeit die Datenverarbeitungskonditionen von Google sowie das Nachrichtenangebot „Google News Showcase“ vom Bundeskartellamt geprüft.

Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung

Insbesondere die global operierenden Digitalkonzerne können ihre Gewinne in Staaten mit niedrigen Steuersätzen verlagern und dadurch ihre Effektivsteuern bis auf nahe Null senken, was den Wettbewerb verzerrt und den finanziellen Gestaltungsspielraum der betroffenen Länder vermindert. Als Musterfall aggressiver Steuerplanung gilt das besonders von Google praktizierte Steuerersparnismodell Double Irish with a Dutch Sandwich. Nach diesem Modell hat Google 2017 19,9 Mrd. Euro und 2018 rund 21,8 Mrd. Euro über seine niederländische Tochter auf die Bermuda-Inseln transferiert.[45][46] Über ein Jahrzehnt lang soll Google mit diesem Modell den Steuersatz außerhalb der USA auf einen Prozentbereich gedrückt haben, der nur ein Viertel von dem beträgt, der üblicherweise außerhalb der USA zu entrichten ist.[47] Nachdem in Irland 2014 ein entsprechendes Steuerschlupfloch mit einer Übergangsfrist bis 2020 gestopft worden ist, hat Google angekündigt, diese Praxis zu beenden. Vor dem Hintergrund dieser und ähnlicher Steuervermeidungspraktiken soll die internationale Unternehmensbesteuerung reformiert werden.

Im Rahmen der OECD haben sich 131 Staaten (Stand: 5. Juli 2021) auf faire Verteilrechte und einen einheitlichen Mindeststeuersatz von mindestens 15 Prozent geeinigt. Am 9./10. Juli 2021 haben in Venedig die Finanzminister*innen der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, der G20, das Konzept beschlossen.[48] Die Besteuerungsrechte sollen tendenziell vom Ort der Produktion dahin gelenkt werden, wo die Produkte vermarktet werden. Dazu soll ein Anteil des Gewinns einer Unternehmensgruppe oder Geschäftssparte den Staaten mittels einer Formel zugeteilt werden. Dabei kommt es nicht darauf an, ob das Unternehmen in dem Staat einen Sitz hat. Neben dem Implementierungsplan der internationalen Staatengemeinschaft beabsichtigt auch die Europäische Kommission, den Prozess eng zu begleiten, um eine zeitnahe und einheitliche Umsetzung innerhalb der Europäischen Union zu gewährleisten. Die Staats- und Regierungschef aus der Gruppe der zwanzig wichtigsten Wirtschaftsnationen (G 20) billigten am 30. Oktober 2021 in Rom das Konzept, auf das sich zuvor 136 Länder verständigt hatten.[49] Die Reform soll schon im Jahr 2023 in Kraft treten. Für Länder, die bisher stark vom Steuerwettbewerb profitiert haben, sind gewisse Übergangserleichterungen vorgesehen. Nach einer Pressemitteilung des Europäischen Rats der EU vom 12.12.2022 haben die EU-Mitgliedsstaaten eine grundsätzliche Einigung über die Umsetzung der Mindeststeuerkomponente (die sogenannte zweite Säule) der internationalen Steuerreform der OECD auf europäischer Ebene erzielt.[50] Die entsprechende Richtlinie muss bis Ende 2023 in das nationale Recht der Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

Fallbeispiele und Kritik

Googles Lobbystrategie zum Digital Service Act (DSA) und Digital Markets Act (DMA)

Die EU erwägt bereits seit 2019 neue Regeln für digitale Plattformen zu schaffen. Im Dezember 2020 präsentierte die EU-Komission einen ersten Entwurf für DSA und DMA. Ein, von der französischen Zeitung Le Point geleaktes Dokument deckte bereits im Oktober 2020 die, von Google geplante Lobbystrategie

hinsichtlich des EU-Gesetzentwurfs zum DSA und DMA auf. Anhand dessen wurde deutlich, wie systematisch Google beabsichtigt die Regulierungen der EU abzuschwächen und teilweise gänzlich zu verhindern. Das Unternehmen beabsichtigt Zweifel an Nutzen und Legitimität der Regulierungen zu sähen und inszeniert die Beschränkungen als Innovationshemmnis in Zeiten von Corona sowie dem damit verbundenen Digitalisierungsschub. Mit Hilfe von Gastbeiträgen (op-eds) und Third party events solle sich die politiche Debatte grundlegend ändern ("reset the political narrative"). Google spricht in dem Dokument explizit davon den zuständigen EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton "zurückzudrängen" und seinen Rückhalt für einen härteren und geregelten Umgang mit den Tech-Konzernen in Brüssel zu schwächen. Le Point liegt außerdem eine Liste von potenziellen Bündnispartnern vor, die Google im Kampf gegen strengere Auflagen unterstützen könnten. Genannt werden, unter anderem, Zalando, Rewe, Ubisoft und Booking.com. Das Strategiepapier enthüllt die tatsächliche Motivation von Google und legt offen, auf welch vielfältige Art und Weise DSA und DMA unterminiert werden sollen.

Youtube lehnt Risikobewertungen als geplante Regelung des Digital Services Act (DSA) ab

Eine geplante Regelung des DSA ist es, „systemische Risiken“ wie die mögliche Verbreitung illegaler Inhalte, zu verhindern. Der Vorschlag des EU-Parlaments sieht hierzu eine Überprüfung „stets vor der Einführung neuer Dienste“ vor. Youtube´s Chief Product Officer Neil Mohan hingegen äußerte gegenüber dem *SPIEGEL* Bedenken: „Meine Sorge ist, dass die Anforderungen zu vorherigen Risikobewertungen uns erheblich verlangsamen würden, obwohl wir besonders schnell sein müssen, um beispielsweise gegen Falschinformationen [...] vorzugehen.“ Youtube wolle sich deshalb auf jährliche Überprüfungen beschränken - auch wenn neue Funktionen, die dann missbraucht werden, möglicherweise schon seit Monaten verfügbar sind. Youtube will die Verbreitung fragwürdiger Inhalte stattdessen durch die Herabstufung von Empfehlungen bremsen, andernfalls käme es zur „Überwältigung von nutzlosen Benachrichtigungen“ für die Uploader von Videos. [51] Im Allgemeinen unterstütze Youtube zwar die Ziele des DSA, jedoch würde die vom Gesetzentwurf vorgesehene „systematische und detaillierte Bewertung“, die vor der Einführung eines neuen Produktes oder Dienstes vorgenommen werden müsste, zur Verlangsamung der Bekämpfung von Fehlinformationen führen. [52]

In einem offenen Brief hatten 80 Faktencheck-Organisationen die Videoplattform Youtube als „einen der weltweit größten Weiterleiter von Desinformationen und Falschinformationen“ bezeichnet. Zuletzt hatte Youtube angekündigt, durch mehr Personal und das Erschweren vom Teilen grenzwertiger Videos über die Plattform hinaus, den Beschwerden entgegenzuwirken.

Datenschutz

Nutzerdaten sind für Google besonders wichtig, um Werbung personalisieren zu können. Dieses einträgliche Geschäft sieht Google durch staatliche Regulierung und verschärften Datenschutz gefährdet. Das Unternehmen versucht daher, die Debatten zu dem Thema zu beeinflussen und besonders bei neuen Gesetzen Einfluss zu nehmen. Dies wurde besonders deutlich bei der neuen EU-Datenschutzverordnung. Die Lobbyabteilungen verschiedener Internetkonzerne, darunter Google, erstellten eigene Papiere und Vorlagen für die neue Verordnung und versuchten, so die Ergebnisse zu ihren Gunsten zu beeinflussen.[53] Darüber hinaus wurde auch versucht, direkt auf die Mitglieder des EU-Parlaments einzuwirken und diese für eine unternehmensfreundliche Ausgestaltung der Verordnung zu gewinnen[54]. Laut der zuständigen Justizkommissarin Viviane Reding wurde die Lobbyarbeit um die Datenschutzverordnung so „erbittert“ geführt, wie sie es noch nie erlebt habe[55]. Neben Google waren auch anderen US-Unternehmen wie Facebook, Amazon und Ebay als Lobbyakteure präsent. Unterstützt wurden sie dabei von der US-Regierung. Diese versuchte bereits vor der offiziellen Veröffentlichung des ersten Gestzes-Entwurfs in die Bresche, um die neue Datenschutzverordnung durch intensive Lobbyarbeit zu verhindern[56].

Der Streit um Datenschutzfragen wird auch immer häufiger vor Gerichten ausgetragen. 2014 konnten Kläger vor dem Europäischen Gerichtshof erwirken, dass Google zukünftig sensible persönliche Daten in der Ergebnissliste seiner Suchmaschine auf Anfrage löschen muss. [57] Google reagierte mit der Einsetzung eines unabhängigen Beirats, der sich mit rechtlichen und organisatorischen Fragen zur Löschung befasst. Mitglied dieses Beirats ist unter anderem die frühere Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger [58].

Urheberrecht und Patentstreitigkeiten

Neben dem Datenschutz sind besonders die Bereiche des Urheber- und das Patentrecht von großem Interesse für Google. Darunter fielen in der Vergangenheit auch die Urheberrechtsabkommen SOPA, PIPA und ACTA. Ebenso wie beim Datenschutz setzt sich Google bei diesen Themen für eine möglichst schwache Regulierung durch staatliche Seite ein. Durch Verschärfung von Urheber- und Patentrecht sieht Google das freie Vermitteln von Informationen, also den Wesenskerns seines Geschäftes, bedroht. Um einer möglichen Verschärfung entgegenzuwirken, versucht Google auch die Öffentlichkeit für seine Interessen zu gewinnen. Als beispielsweise 2009 über eine Einführung des Leistungsschutzrechts für Verleger debattiert wurde, unterstützte Google finanziell die Initiative gegen ein Leistungsschutzrecht (IGEL). [59] 2012 rief das Unternehmen sogar eine eigene Kampagne unter dem Namen „Verteidige Dein Netz“ gegen das geplante Leistungsschutzrecht ins Leben. Neben einer intensiven Nutzung von Social Media Plattformen und eigenen Videos wurde eine eigene Petition veröffentlicht.[60] Google gelang es, sich in der öffentlichen Diskussion einen Namen zu machen; so wurde beispielsweise Dr Arnd Haller (Google Germany GmbH, Legal director north and central Europe) zu einer Anhörung zum Leistungsschutzrecht in den Bundestag eingeladen.[61] Die Bemühungen des Unternehmens stellten sich als erfolgreich heraus: Der ursprüngliche Gesetzesentwurf zum Leistungsschutzrecht sah vor, dass Google für seinen Nachrichtendienst Google News Geld an Zeitungsverleger zahlen soll. Im August 2013 trat das Leistungsschutzrecht in Kraft: Die vom Dienst Google News benutzten Snippets wurden dabei von der neuen Gesetzesregelung ausgenommen.[62] Im Jahr 2014 eskalierte die Auseinandersetzung zwischen Google und einigen Verlegern, die bei der VG Wort organisiert sind. Anfang Okotober gab Google bekannt, bei diesen Inhalte nur noch die Links und keine Vorschautexte oder Bilder in den Suchergebnissen auszugeben.[63]

Durch die gezielte Lobbyarbeit gelang es Google den Gesetzgebungsprozess in einzelnen Ländern, als auch in der EU zu beeinflussen. Dadurch wurden Unternehmensinteressen vor die Interessen der Bürger gestellt und somit der reguläre Prozess der demokratischen Entscheidungsfindung erheblich untergraben.

Beinflussung eines Berichts der US-Wettbewerbsbehörde

Im Jahr 2010 wurde Google das erste mal wegen mangelndem Datenschutz verklagt. Google bekannte sich zu den Verstößen und einigte sich mit der US-Wettbewerbsbehörde FTC (Federal Trade Commission) auf stärkere Kontrolle des Datenschutzes im Unternehmen und einen "comprehensive proivacy plan"[64]. 2012 kam es erneut zu einer Anklage gegen Google wegen eines Verstoßes gegen Datenschutzrichtlinien[65]. In diesem Jahr verdoppelte Google seine Lobbyausgaben für die direkte politische Einflussnahme in Washington auf über 18 Millionen Dollar und engagierte über 20 Anwaltskanzleien.[30]Das *Wall Street Journal* berichtete über eine auffällige Häufung der Besuche von Lobbyistenvertretern im Weißen Haus im Zeitraum Ende 2012[66].

Die US-Wettbewerbsbehörde FTC arbeitete in dieser an einem Bericht über die Geschäftspraktiken des Unternehmens. Dieser wurde schließlich nicht veröffentlicht, diente aber als Entscheidungsgrundlage, die Untersuchung gegen Google Anfang 2013 gegen eine Rekordstrafe von 22,5 Millionen Dollar einzustellen.

2015 wurden Teile des Berichts dem "Wall Street Journal" geschickt. Sie enthielten deutliche Kritik an dem Konzern. "Dieser habe seine überlegene Marktposition im Bereich der Internetsuche dazu genutzt, konkurrierende Internetfirmen in anderen Bereichen unter Druck zu setzen."[67] Zu der Affäre bezogen sowohl die Verantwortlichen der Wettbewerbsbehörde[68] als auch der Konzern Stellung: Google benutzte dabei eine verniedlichende Bildsprache.[69]

Mittlerweile wurde bekannt, dass Google nach den missbiligenden Schlagzeilen bezüglich ihrer Wettbewerbspostiton, die amerikanische Wettbewerbsbehörde FTC dazu gedrängt hat, öffentlich für den Konzern einzutreten. Medienberichten zufolge reichte eine einzige Email der Lobbyistin Johanna Shelton dazu aus. In der Email drängt Shelton die Behörde zu einer Stellungnahme. Zwei Tage später erschien wie von Google gewünscht eine Pressemitteilung in der FTC seine Kritik an Google relativierte. [70]

Verdacht auf Steuerbetrug in Frankreich

Im Mai 2016 durchsuchte die Polizei das Pariser Büro von Google. Es gab einen Verdacht auf Steuerbetrug, in den Medien war die Zahl 1,6 Milliarden Euro gehen. [71]

Google im Klassenzimmer - Umgang mit SchülerInnendaten

In den USA hat Google in den letzten Jahren den Markt für Laptops für Schulen übernommen. Durch starke Rabatte für Chromebooks und die kostenlose Abgabe der Office-Lösung G-Suite konnten Sie ihren Marktanteil bei Computerneukäufen in Schulen von 1% auf 58% seit 2012 steigern. Google räumt ein Schülerdaten zu sammeln, gibt aber an diese nur zur Verbesserung der Software zu nutzen. [72] Die us-amerikanische Bürgerrechts-Organisation hat Electronic Frontier Foundation (EFF) hat in einer Studie unter anderem festgestellt, dass Schulen ohne das Wissen der Eltern Google-Mail-Konten für ihre Kinder angelegt hatten.[73] In Deutschland sind bisher keine Zahlen zur Nutzung von Chromebooks an Schulen bekannt, die Verbreitung scheint noch sehr gering zu sein.

Calliope Mini

Der Calliope Mini ist ein Mini-Computer, mit dem Grundschüler ein Grundverständnis des Programmierens lernen sollen. Ziel der Calliope Mini gGmbH ist es jedes Schulkind ab der 3. Klasse zu erreichen. [74] Um ihr Ziel zu erreichen arbeitet die gGmbH mit Sponsoren zusammen. Eine genaue Aufstellung der Finanzierung fehlt, auf ihrer Webseite gibt Calliope allerdings an: "Google ist unser stärkster und größter Partner"[75]. Während bei Calliope keine konkreten Zahlen genannt werden, gibt Google an alleine bis Juli 2017 1,1 Millionen Euro an Calliope gespendet zu haben.[76] Darüber hinaus finanziert Google auch die dazugehörige Programmierschnittstelle OpenRoberta, entwickelt bei der Fraunhofer IAIS, bis 2020 mit 5 Millionen Euro.[76] Die Minicomputer Calliope werden in verschiedenen Bundesländern an die Schulen verschenkt. LobbyControl wertet diese Spenden im großen Stil als versuchte Einflussnahme auf den Lehrplan, denn Programmieren ist bisher in der Grundschule in der Regel nicht vorgesehen.[77] Auch von Seiten der Lehrergewerkschaft GEW gibt es Kritik am starken Einfluss von Google auf das Projekt.[78]

Kurzdarstellung und Geschichte

Das Unternehmen wurde am 4. September 1998 von Larry Page und Sergey Brin gegründet und widmete sich anfangs ausschließlich der Konstruktion einer eigenen Suchmaschine. Seit dem 19. August 2004 ist Google ein börsennotiertes Unternehmen. Google hat sein Aktionsfeld im Laufe der Zeit ausgedehnt, stellt heute verschiedene Internetdienstleistungen bereit und unterhält weltweit Büros und Vertretungen. 2013 erhielt Google den Negativpreis BigBrotherAward von dem Verein Digitalcourage. Laut Digitalcourage e.V. erhielt Google den Preis wegen des Sammelns von Daten und der Missachtung von europäischem Recht.[79]

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Im Mittelpunkt des eigenen Geschäfts steht die Vermittlung von Informationen, dies geschieht neben der Suchmaschine durch zahlreiche andere Dienstleistungen, wie beispielsweise Google Earth oder Google Maps.[80] Dabei beschränkt Google sich nicht darauf die Informationen weiterzuleiten, die Nutzerdaten der Benutzer werden gleichzeitig gesammelt. Das Unternehmen nutzt diese Daten wiederum, um personalisierte Werbung schalten zu können.[81]

2015: Unternehmensumstrukturierung

Im August 2015 gab Google bekannt, dass der Konzern zum vierten Quartal 2015 umstrukturiert werden soll. In Zukunft wird die Suchmaschine Google nur eines der vielen Projekte und Geschäfte des Unternehmens sein, die unter der neuen Holding "Alphabet" geführt werden [82]. Diese Konzernumstrukturierung wird als Folge des immer breiter werdenden Geschäftsbereich von Google verstanden. In den vergangen Jahren sind immer mehr Geschäftsbereiche und Abteilungen zum Suchmaschinen-Kerngeschäft hinzugekommen: das selbstfahrende Auto, Robotik-Firmen, Drohnen, Medizinforschung, Internetübertragung per Ballon oder die Vernetzung von Haushaltsgeräten. Investoren kritisierten an der Unternehmensentwicklung, dass zukunftsweisende Projekte dieser Art,sogenannte "Moonshots"[83], nicht profitabel seien und intransparent geführt werden. Dem Spiegel zufolge folgt Google seiner Philosophie, dass sich mit der richtigen Technologie irgendwann auch Geld verdienen lässt und es sich dafür mitunter Jahre zu warten lohnt. Das Unternehmen wolle dadurch in immer mehr Bereiche des menschlichen Lebens vordringen. Der Wirtschaftswoche zufolge wird Google durch die Umstrukturierung zu einem Konglomerat mit der Gefahr zur Monopolbildung.[84]

Weiterführende Informationen

- LobbyControl: Macht der Digitalkonzerne
- Die Revolution der kleinen Zahl - ausführliche Analyse der globalen Mindeststeuer in der Süddeutschen Zeitung vom 2. Juli 2021
- Google bei SourceWatch.org (englisch)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter | Bluesky | Facebook | Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Google, once disdainful of lobbying, now a master of washington influence, washingtonpost online vom 12.04.2014, aufgerufen am 08.10.2014
2. ↑ Was haben diese G20-Chefs mit unserem Internet vor?, Digitialcourage, 11. Juli 2017, zuletzt aufgerufen am 13. Juli
3. ↑ Google Axes Lobbyists Amid Growing Government Scrutiny, wsj.com vom 12.06.2019, abgerufen am 07.06.2020
4. ↑ Alphabet Inc Lobbying Profile, opensecrets.org, zuletzt abgerufen am 1.08.2023
5. ↑ Trade Association and Third Party Groups, services.google.com, abgerufen am 07.06.2020
6. ↑ The obscure law that explains why Google backs climate deniers , The Guardian vom 11.10.2019, abgerufen am 07.06.2020
7. ↑ Google, lobbyfacts.eu, abgerufen am 01.08.2023
8. ↑ Ausgaben von Unternehmen für Lobbyarbeit in der EU, statista, aufgerufen am 01.08.2023
9. ↑ Single Market Entrepreneuers Presentation, aufgerufen am 16.05.2017
10. ↑ Verkaufen, verkaufen, verkaufen, taz-online vom 18.4.2012, aufgerufen am 08.09.2014
11. ↑ European Centre for International Political Economy, abgerufen am 08.09.2014. Siehe auch David Cronin: Think tanks: corporate lobbyists posing as experts, Blogbeitrag vom 31.1.2011, aufgerufen am 08.09.2014
12. ↑ Google- Eintrag im EU-Transparenzregister, Stand 29.03.12, aufgerufen am 08.09.2014
13. ↑ EMEA University Programs Google Inc., aufgerufen am 11.05.2017
14. ↑ Warum Google deutsche Internet-Erklärer braucht Süddeutsche online vom 25.10.2011, aufgerufen am 11.05.2017
15. ↑ PM: Institut für Internet und Gesellschaft sichert langfristige Finanzierung hiig.de vom 24.09.2013, aufgerufen am 04.08.2015
16. ↑ "Aufsichtsgremium" hiig.de, aufgerufen am 11.05.2017
17. ↑ Die Google-Uni Zeit online vom 11.05.2017, aufgerufen am 09.09.2014
18. ↑ "Neue Form von Korruption", taz online vom 07.09.2011, aufgerufen am 11.05.2017.
19. ↑ Paying Professors: Inside Google’s Academic Influence Campaign,Wall Street Journal vom 14. Juli 2017, abgerufen am 8.6.2020
20. ↑ EMEA University Programs Google Inc., aufgerufen am 16.05.2017
21. ↑ Jahresbericht Collaboratory 2013 Collaboratory-Website, aufgerufen am 05.08.2015
22. ↑ Jahresbericht 2014 Collaboratory-Website, aufgerufen am 05.08.2015
23. ↑ Collaboratory.de Collaboratory-Website, aufgerufen am 05.08.2015
24. ↑ Digitale Denkfabrik Collaboratory stellt Arbeit ein, Blogbeitrag vom 19.3.2017, abgerufen am 8.6.2020
25. ↑ re:publica Kooperationspartner re:publica-Website, aufgerufen am 05.08.2015
26. ↑ Speakers Corner Berlin offizielle Website des Speakers' Corner Berlin, augerufen am 09.09.2014
27. ↑ IGEL-Unterstützer 'Initiative gegen ein Leistungsschutzrecht'-Website, aufgerufen am 05.08.2015
28. ↑ Im Namen der Freiheit Der Spiegel 39/2012, aufgerufen am 05.08.2015

29. ↑ Die Vereinigten Staaten von Google Zeit Online vom 21.08.2014, aufgerufen am 05.08.2015
30. ↑ [30,030,1] Die Lobby-Macht mit dem Nette-Jungs-Image, Werben & Verkaufen 30/2014, S. 46–48
31. ↑ Kritiker des EU-Parlaments mit Wahlkampfspenden finanziert spiegel.de vom 28.11.14, abgerufen am 01.12.14.
32. ↑ Lobbyisten, Vorsitzmacher und andere Stiefelknechte im Internetausschuss FAZ vom 18.12.2013, abgerufen am 05.08.15.
33. ↑ Amerika knöpft sich seine Tech-Giganten vor, faz.de vom 12.06.2021, abgerufen am 12.06.2021
34. ↑ US-Regierung zieht gegen Googles Marktmacht vor Gericht, heise.de vom 20.10.2020, abgerufen am 02.06.2021
35. ↑ Google-Kartellverfahren: US-Regierung will umfangreiche Daten zu Suchanfragen. heise-de vom 02.03.2021, abgerufen am 02.06.2021
36. ↑ Google versteckt Erfassung von Standortdaten, netzpolitik.org vom 01.06.2021
37. ↑ Ein Rahmen für die digitale Wirtschaft, hss.de vom 06.04.2021, abgerufen am 27.05.2021
38. ↑ [https://www.lobbycontrol.de/2022/04/frust-und-freude-einigng-beim-digital-markets-act-dma/ Frust und Freude: Einigung beim Digital Markets Act (DMA), lobbycontrol.de vom 22.04.2022, abgerufen am 19.06.2022
39. ↑ EU-Kommission begrüßt die Einigung auf Regeln für Online-Plattformen, bundesregierung.de vom 25.04.2022, abgerufen am 19.06.2022
40. ↑ [https://ec.europa.eu/germany/news/20190320-milliardenstrafe-google_de Kommission verhängt dritte Milliardenstrafe gegen Google - dieses Mal wegen Missbrauchs der Marktmacht bei Suchmaschinen-Werbung, ec.europa.eu vom 20.03.2019, abgerufen am 01.06.2021
41. ↑ Daten und Anzeigen: EU-Kommission untersucht Googles Geschäftsmodell, t3n.de vom 19.01.2021, abgerufen am 01.06.2021
42. ↑ Google unterliegt vor dem EuG, lto.de vom 10.11.2021, abgerufen am 10.11.2021
43. ↑ EU-Gericht bestätigt Milliardenstrafe gegen Goggle, spiegel.de vom 14.09.2022, abgerufen am 16.09.2022
44. ↑ Google: Feststellung der überragenden marktübergreifenden Bedeutung für den Wettbewerb, bundeskartellamt.de, abgerufen am 06.01.2022
45. ↑ Google schleust 20 Milliarden Euro aus Europa auf die Bermudas, spiegel.de vom 04.01.2019, abgerufen am 30.05.2021
46. ↑ Google to end „Double Irish, Dutch sandwich" tax scheme, reuters.com vom 31.12.2019, abgerufen am 31.05.2021
47. ↑ „Double Irish with a Dutch Sandwich“: Google kneift sich Steuertrick ab 2020 ab, t3n.de/news vom 05.01.2020, abgerufen am 31.05.2021, abgerufen am 31.05.2021
48. ↑ Reform der internationalen Unternehmenssteuer kommt, bundesfinanzministerium.de vom 10.07.2021, abgerufen am 27.07.2021
49. ↑ G 20 billigen Konzept für globale Mindeststeuer, faz.de vom 30.10.2021, abger¨fen am 31.10.2021
50. ↑ Internationale Besteuerung: Rat erzielt Einigung über Mindestbesteuerung der größten Unternehmen, consilium.europa.eu vom 12.12.2022, abgerufen am 18.12.2022
51. ↑ YouTube will zu viel Transparenz vermeiden spiegel.de, vom 23.02.2022, abgerufen am 07.03.2022
52. ↑ Youtube: EU-Gesetz kann Bekämpfung von Fake News behindern handelsblatt.com, vom 23.02.2022, abgerufen am 07.03.2022
53. ↑ Datenschutz: Website entlarvt Lobby-Einfluss in Brüssel Spiegel online vom 11.02.2013, aufgerufen am 09.09.2014
54. ↑ Internetkonzerne schreiben Datenschutzregeln mit Süddeutsche online vom 11.02.2013, aufgerufen am 09.09.2014

55. ↑ EU-Verordnung per "Copy & Paste", Blog deckt Lobbyeinfluss auf n-tv vom 12.02.2013, aufgerufen am 15.07.2014
56. ↑ USA torpedieren EU-Datenschutz-Verordnung, aufgerufen am 25.09.2014
57. ↑ EuGH stärkt Recht auf Vergessen Faz online vom 13.05.2014, aufgerufen am 09.09.2014
58. ↑ Google beruft Leutheusser-Schnarrenberger in „Lösch-Beirat“ Faz online vom 10.07.2014, aufgerufen am 09.09.2014
59. ↑ So führen Microsoft und Google ihren Lobbykrieg, Spiegel online vom 2.10.2011, aufgerufen am 09.09.2014
60. ↑ [Google: "Verteidige dein Netz" www.gruenderszene.de, aufgerufen am 09.09.2014
61. ↑ Montag: Ungeplante Anhörung zum Leistungsschutzrecht im Bundestag netzpolitik.org vom 20.02.2013, aufgerufen am 09.09.2014
62. ↑ Neues Leistungsschutzrecht: Ein Gesetz, viele Fragen, focus online vom 01.03.2013, aufgerufen am 09.09.2014
63. ↑ Streit um das Leistungsschutzrecht: Google zeigt bei VG-Media-Inhalten nur noch Überschriften, Rheinische Post, 1. 10. 2014, zuletzt auggerufen am 2. Oktober 2014
64. ↑ FTC Charges Deceptive Privacy Practices in Googles Rollout of Its Buzz Social Network FTC vom 30.3.2011, zuletzt aufgerufen am 06.08.2015
65. ↑ United States v. Google Inc. Wikipedia, zuletzt aufgerufen am 06.08.2015
66. ↑ Google Makes Most of Close Ties to White House Wall Street Journal vom 24.03.2015, zuletzt aufgerufen am 06.08.2015
67. ↑ Worüber Google so mit dem US-Präsidenten redet, Die Welt, 30. März 2015, zuletzt aufgerufen am 31.3.2015
68. ↑ Statement of Chairwoman Edith Ramirez, and Commissioners Julie Brill and Maureen K. Ohlhausen regarding the Google Investigation, Webseite der Federal Trade Comission, 25. März 2015, zuletzt aufgerufen am 31.3.2015
69. ↑ Google - Public Policy Blog, 27.3.2015, zuletzt aufgerufen am 31.3.2015
70. ↑ Lobbyismus von Google: Wie Google um die Meinungshoheit kämpft, Handelsblatt, 15. Mai 2015, zuletzt aufgerufen am 3. August 2015
71. ↑ Verdacht auf Steuerbetrug: Polizei durchsucht Pariser Google-Büro, Spiegel Online 24. Mai 2016, zuletzt aufgerufen am 24.5.2016
72. ↑ Klick ins Klassenzimmer, Süddeutsche, 13. Juni 2017, zuletzt aufgerufen am 14.6.2017
73. ↑ Chromebooks als Sicherheitsrisiko an Schulen , Futurezone, 22. April 2017, zuletzt aufgerufen am 14.6.2017
74. ↑ Calliope: Unsere Mission, Calliope gGmbH, zuletzt aufgerufen am 07.6.2018
75. ↑ Calliope: Gesche Joost beantwortet eine Frage zum Calliope mini, Calliope gGmbH, zuletzt aufgerufen am 07.6.2018
76. ↑ [76,076,1] „Zukunftswerkstatt“: Google und Partner starten bundesweite Offensive für digitale Bildung , Google Presse Blog, 17. Juli 2017, zuletzt aufgerufen am 7.6.2018
77. ↑ Edle Spender oder subtile Manipulatoren? Lobbyismus an Schulen und der Fall des Kleincomputers Calliope Mini LobbyControl, 3. November 2017; zuletzt abgerufen am 7.6.2018
78. ↑ Google in der Grundschule: Kleine Geschenke mit Nebenwirkungtaz vom 22.10.2017, zuletzt abgerufen am 7.6.2018
79. ↑ bigbrotherawards.dePreisträger 2013, abgerufen am 09.05.2017
80. ↑ Überblick über die Geschäftsmodelle, Google-Webseite, aufgerufen am 16.05.2017
81. ↑ Die fanatischen Vier Spiegel Online vom 05.12.2011, aufgerufen am 08.09.2014
82. ↑ Alphabet, die universelle Ordnungsmacht Süddeutsche vom 15.08.2011, aufgerufen am 17.08.2015
83. ↑ Der Spiegel Nr. 34 vom 14.08.2015, S. 18 f.

84. ↑ Wirtschaftswoche Nr. 34 vom 14.08.2015, S. 1